



Für Mensch und Natur – Gegenwind Schleswig-Holstein e. V.
- Susanne Kirchhof -
Stinkbüdelsbarg 1, 24363 Holtsee
www.gegenwind-sh.de – kirchhof@gegenwind-sh.de
Mitglied in der Bundesinitiative Vernunftkraft e.V.
www.vernunftkraft.de



Für Mensch und Natur
Gegenwind
Schleswig-Holstein e. V.

23.01.2019

Presseerklärung

Aktuelle Stunde im Parlament – kein Klimaschutz mit stillstehenden Windkraftanlagen

Der Landesverband für Mensch und Natur – Gegenwind Schleswig-Holstein hat die Ankündigung der Landesregierung, die Regionalpläne Wind noch in einem 3. Entwurf der Öffentlichkeit zur Stellungnahme vorzulegen und zur Sicherung der eigenen Planung das Moratorium zu verlängern, ausdrücklich begrüßt.

Die heutige Diskussion im Parlament – eingefordert von der SPD-Fraktion – ergibt keine neuen Aspekte.

In dieser Debatte ist es keiner einzigen Partei gelungen herauszuarbeiten, worum es eigentlich geht:

Das Verfahren der Regionalplanung ist ein verwaltungsrechtlicher Akt, den es sauber zu bearbeiten gilt. Hier zählt ausschließlich die Rechtssicherheit am Ende. Und weil das Verfahren notwendiger Weise eine Öffentlichkeitsbeteiligung vorsieht, muss diese auch erfolgen, müssen also alle Einwendungen abgearbeitet werden.

Daran kann keine noch so emotional vorgetragene Kritik etwas ändern. Auch ein kleinlich anmutendes Gezänke darum, wer wann was gesagt hat ändert daran nichts.

Die ebenso emotionalen Hinweise auf die vor dem Landtag für mehr Klimaschutz demonstrierenden Schüler lassen ebenfalls zur Zeit gar keinen faktischen Zusammenhang mit dem Zubau weiterer Windkraftanlagen erkennen. In 2017 standen bilanziell 465 Windkraftanlagen in Schleswig-Holstein komplett still, weil ihre Leistung nicht eingespeist werden konnte.

Stillstehende Windkraftanlagen machen aber keinen Klimaschutz.

Zu Recht weist Oliver Kumbartzky, FDP, also darauf hin, dass Klimaschutz in erster Linie andere Maßnahmen erfordert als den zwanghaften und eventuell juristisch zweifelhaften Zubau von Windkraftanlagen.

Das Argument Klimaschutz ist in diesem Fall keine hinreichende Begründung für die Überförderung der Interessen einer einzigen Branche. Daran wird auch der BWE nichts ändern können, wenn er mit dem Klimaschutz für einen schnellen Zubau argumentiert.

Bei knapp 3000 bereits installierten Windkraftanlagen im kleinen Schleswig-Holstein wird keine zukunftsfähige Branche ihr gesamtes Wirtschaftskonzept auf einen weiteren Zubau im Land ausgerichtet haben, da absehbar ist, dass das Land in Kürze mehr als voll ist. Echte Wirtschafts- und Innovationskompetenz ist also von solchen Unternehmen nicht zu erwarten.

Wir fordern die Landesregierung auf, die 5200 Einwendungen zur Regionalplanung gründlich zu bearbeiten, die Pläne maximal an dem im Koalitionsvertrag vereinbarten energiepolitischen Ziel von 10 GW installierter Leistung onshore auszurichten, dabei auch die Leistung der Windkraftanlagen mit einzubeziehen, die außerhalb der neuen Vorranggebiete stehen.

Wir fordern die Landesregierung auf, bis zum Abschluss des Planungsverfahrens keine weiteren Windkraftanlagen per Ausnahmegenehmigung zuzulassen, sondern sich um die Systemintegration der bestehenden zu kümmern.

Wir weisen alle Parlamentarier darauf hin, dass es kein vereinbartes Flächenziel für Windkraft onshore gibt. 10 GW sind auf deutlich weniger Fläche als 2 % möglich.